

| | | | |
|--|------------------------------|----------------------------|---|
| Städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend | | | 33. Sitzungsprotokoll |
| 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft | | | 2011 - 2015 |
| Sitzungstag: 05.03.2015 | Sitzungsbeginn: 15:50 Uhr | Sitzungsende: 18:10 Uhr | Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen |
| Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste | | | |
| Vorsitz: Herr Klaus Möhle (Sprecher der Deputation) | | | |

Tischvorlagen:

- zu TOP 4a Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen (**Vorlage Nr. 236/15**)
- zu TOP 6 Bericht zur Umsetzung der EU-Lebensmittelinformation (**Vorlage Nr. 240/15**)

Tagesordnung:

Herr Tuncel beantragt, die Punkte 3b und 3c von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Er verweist auf die fehlende Befassung im Jugendhilfeausschuss. Frau Ahrens (Fraktion der CDU) schließt sich dem Antrag an und merkt an, dass es auch noch kein Beratungsergebnis der AG nach § 78 SGB VIII gebe.

Die Verwaltung erläutert, dass die AG nach § 78 SGB VIII eine Unterarbeitsgruppe gebildet habe, wo ausführlich über die Eckpunkte für die Planung, Steuerung und Finanzierung der frühkindlichen Förderung und Bildung von 0-6-jährigen Kindern in der Stadtgemeinde Bremen diskutiert wurde. Über das BreMAOG sei schon im Januar beraten worden. Der Jugendhilfeausschuss sei auf Wunsch der LAG der Freien Wohlfahrtsverbände abgesagt worden, die parlamentarischen Gremien sollen aber trotzdem erreicht werden.

Herr Staatsrat Frehe weist darauf hin, dass die Bürgerschaft rechtzeitig vor dem nächsten Kindergartenjahr nur erreicht werden könne, wenn die Deputation heute einen Beschluss zur Änderung des BreMAOG fasst.

Herr Möhle lässt über den Antrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion der CDU abstimmen.

Der Antrag aus Aussetzung der beiden Tagesordnungspunkte wird gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der CDU abgelehnt.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 05.02.2015
2. Produktbereichscontrollingbericht 2014 (13. Monat) für den Produktplan 41 – Jugend und Soziales – inkl. Bericht Sozialleistungen und Jahresabschluss 2014 sowie neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt (**Vorlage Nr. 232/15**)
3. Kita
 - a) Planung des Kindergartenjahres 2015/2016 - Sachstandsbericht nach Abschluss der Anmeldezeit (**Vorlage Nr. 233/15**)
 - b) Eckpunkte für die Planung, Steuerung und Finanzierung der frühkindlichen Förderung und Bildung von 0-6-jährigen Kindern in der Stadtgemeinde Bremen (**Vorlage Nr. 234/15**)

- c) Änderung des Bremischen Aufnahmegesetzes (BremAOG) – Änderung von Auswahlkriterien (**Vorlage Nr. 235/15**)
- 4. Flüchtlinge
 - a) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen (**Tischvorlage Nr. 236/15**)
 - b) Straftaten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und deren Betreuung (**Vorlage Nr. 237/15**)
 - c) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Sachstandsbericht zur Frage der Schaffung einer Komplexeinrichtung (**Mündlicher Bericht**)
- 5. Bilanz der Joboffensive des Jobcenters Bremen 2013 - 2014 (**Vorlage Nr. 239/15**)
- 6. Verschiedenes
 - a) Umsetzung der EU-Verordnung zur Lebensmittelinformation (**Tischvorlage Nr. 240/15**)

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 05.02.2015

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll der Sitzung am 05.02.2015 mit der Änderung unter TOP 4, dass Herr Prigge der Fraktion der SPD angehört.

TOP 2: Produktbereichscontrollingbericht 2014 (13. Monat) für den Produktplan 41 – Jugend und Soziales – inkl. Bericht Sozialleistungen und Jahresabschluss 2014 sowie neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt (Vorlage Nr. 232/15)

Auf die Ausführungen unter TOP 2 der Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 05.02.2015 wird verwiesen.

Beschluss

- 1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Produktbereichscontrollingbericht 2014 (13. Monat) und den Bericht Sozialleistungen, Stand 13. Monat, zur Kenntnis.
- 2. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die neuen Verantwortlichkeiten im Produktgruppenhaushalt zur Kenntnis.

TOP 3: Kita

a) Planung des Kindergartenjahres 2015/2016 - Sachstandsbericht nach Abschluss der Anmeldezeit (Vorlage Nr. 233/15)

Die Verwaltung führt aus, dass bewusst eine schlanke Vorlage vorgelegt wurde, weil es zunächst um die Auswertung der Anmeldedaten geht. Diese fließen nun in die kleinräumige Planung im Rahmen der Planungskonferenzen in den Stadtteilen ein.

An der sich anschließenden Diskussion wird auf die großen Unterschiede in den Stadtteilen und die fehlenden Hortplätze hingewiesen. Der Ausgleich zwischen Anmeldezahlen und

vorhandenen Plätzen muss bis zum Statusbericht 2 erfolgen. An der Diskussion beteiligen sich Frau Ahrens (Fraktion der CDU), Herr Tuncel (Fraktion Die Linke), Herr Prigge (Fraktion der SPD), Frau Aytas (Fraktion der SPD) und Herr Dr. Schlenker (Fraktion B'90/Die Grünen).

Abschließend beantwortet die Verwaltung die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht zur 1. Planungsphase des Kindergartenjahres 2015/16 zur Kenntnis.

b) Eckpunkte für die Planung, Steuerung und Finanzierung der frühkindlichen Förderung und Bildung von 0-6-jährigen Kindern in der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage Nr. 234/15)

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) äußert Bedenken zur Vorlage und bittet die vorgesehene Zustimmung im Beschlussvorschlag auf eine Kenntnisnahme zu ändern.

Herr Möhle weist darauf hin, dass dies sowieso vorgeschlagen wird und zu Beginn lediglich versäumt wurde, darauf hinzuweisen.

Herr Schlepper (BEK) kritisiert, dass die beteiligten Akteure nicht eingebunden worden seien.

Herr Prigge (Fraktion der SPD) und Herr Dr. Schlenker (Fraktion B'90/Die Grünen) äußern ihre Zufriedenheit mit der Vorlage.

Herr Staatsrat Frehe weist die geäußerte Kritik zurück und darauf hin, dass die Diskussion jetzt mit dem Eckpunktepapier eröffnet wird. Die Verwaltung berichtet, dass mehrfach mit der ZEV gesprochen worden sei und es sich um eine parlamentarische Initiative handelt.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) beantragt, das Wort „ergebnisoffen“ im Beschlussvorschlag zu ergänzen. Damit ist Herr Staatsrat Frehe einverstanden.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Eckpunkten für die Planung, Steuerung und Finanzierung der frühkindlichen Förderung und Bildung von 0-6-jährigen Kindern in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Vorhaben in einem ergebnisoffenen, beteiligungsorientierten extern moderierten und dokumentierten Projektes zu konkretisieren.

c) Änderung des Bremischen Aufnahmegesetzes (BremAOG) – Änderung von Auswahlkriterien (Vorlage Nr. 235/15)

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) fragt nach, warum der Änderungsvorschlag der AG nach § 78 SGB VIII nicht übernommen worden sei. Die Verwaltung erläutert, dass es beim Änderungswunsch um das Wunsch- und Wahlrecht gegangen sei, das nun nicht mehr in § 5, sondern deutlich prominenter in § 1 aufgeführt werde. Die AG wollte zusätzlich einen Hinweis in § 5. Dies wird aus rechtssystematischen Gründen abgelehnt.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) weist darauf hin, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen wird, weil der Rechtsanspruch auf einen Hortplatz nicht umgesetzt ist.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt den vorgeschlagenen Änderungen des Bremischen Aufnahmeortsgesetzes (BremAOG) gegen die Stimme der Fraktion Die Linke zu und bittet die Verwaltung um eine unverzügliche Einleitung der erforderlichen Verfahrensschritte zur Gesetzesänderung.

TOP 4: Flüchtlinge

a) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen (Tischvorlage Nr. 236/15)

Herr Staatsrat Frehe erläutert die Tischvorlage. Rückfragen von Frau Schmidtke (Fraktion der SPD), Frau Gröhnert (Fraktion der CDU), Frau Aytas (Fraktion der SPD) und von Herrn Tuncel (Fraktion Die Linke) beantwortet Herr Staatsrat Frehe. Es wird im Herbst eine zweite intensivpädagogische Einrichtung mit der Akademie Kannenberg geben. Die Anzahl der geschaffenen Plätze stimmt nicht mit der Anzahl der angekommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) überein, weil sich ein nicht unerheblicher Teil in der ZAST befinden, ein Teil wird volljährig, ein Teil verlässt Bremen wieder, ein Teil wird in Hostels und Pensionen ambulant betreut.

Eine gezielte Rückführung zu anderen Jugendämtern wird versucht, diese weigern sich aber zum Teil die Jugendlichen wieder aufzunehmen.

Frau Mohammazadeh (Fraktion B'90/Die Grünen) berichtet von den Eckpunkten für eine bundesweite Umverteilung.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Kurzbericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur Kenntnis.

b) Straftaten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und deren Betreuung (Vorlage Nr. 237/15)

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) fragt auf welcher Grundlage das Amt für Soziale Dienste Personendaten an die Polizei Bremen übermittelt hat. Herr Staatsrat Frehe antwortet, dass dies unter bestimmten Umständen, die in dem Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ dargelegt sind, und wenn die Jugendlichen strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, möglich ist.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Antwort auf die Berichtsbitte „Straftaten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und deren Betreuung“ der Fraktion der CDU zur Kenntnis.

c) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Sachstandsbericht zur Frage der Schaffung einer Komplexeinrichtung (Mündlicher Bericht)

Herr Staatsrat Frehe berichtet dazu mündlich, auf welcher Grundlage freiheitsentziehende Maßnahmen nach richterlichem Beschluss möglich sind. Es gibt in Deutschland keine Einrichtung, die Jugendliche für einen längeren Zeitraum wegsperret. Es können aber bestimmte Maßnahmen fakultativ, wie z.B. eine Ausgangssperre zwischen 20 Uhr und 8 Uhr, angeordnet werden. Dieses muss vorher vom Familiengericht genehmigt werden.

Der Senat hat für die Schaffung einer Komplexeinrichtung ein Eckpunktepapier beschlossen und der Senator für Justiz und Verfassung hat ein Gebäude in Oslebshausen für die Unterbringung angeboten. Es wird sich bei der Einrichtung um eine intensivpädagogische Betreuung mit der Möglichkeit eines Einschlusses handeln. In Kürze wird ein Interessenbekundungsverfahren erfolgen. Derzeit läuft ein intensiver Beratungsprozess. Es gibt noch keine Entscheidungen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 5: Bilanz der Joboffensive des Jobcenters Bremen 2013 - 2014 (Vorlage Nr. 239/15)

Frau Gräfe-Heigl (soz. erf. Dritte) und Herr Erlanson (Fraktion Die Linke) äußern massive Kritik an der fehlenden Evaluierung der Joboffensive. Die Verwaltung verweist auf die diesbezüglich intensiv geführte Diskussion auf vergangenen Deputationssitzungen und berichtet, dass in etwa einem halben Jahr eine ausführliche Evaluation der Joboffensive durch die IAB Nürnberg erfolgen wird. Die Kritik werde aufgenommen.

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage der Senatorin für Finanzen mit der Bitte zuzuleiten, sie zur Befassung an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

TOP 6: Verschiedenes

**a. Umsetzung der EU-Verordnung zur Lebensmittelinformation
(Tischvorlage Nr. 240/15)**

Auf Fragen von Herrn Dr. Schlenker (Fraktion b'90/Die Grünen) und von Frau Ahrens (Fraktion der CDU) antwortet die Verwaltung, dass die EU-Verordnung nicht für Tagesmütter gilt und auch häufige Kindergeburtstage als gelegentliche Anlässe einzustufen sind. Auf der kommenden Deputationssitzung im April soll eine weitere Berichterstattung zur Umsetzung der EU-Verordnung zur Lebensmittelinformation in Jugendfreizeitheimen, in den Senioren- und Behinderteneinrichtungen sowie in der Pflege erfolgen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Verwaltung zu den Fragen der CDU-Fraktion zur Umsetzung der EU-Verordnung zur Lebensmittelinformation zur Kenntnis.

b. Einstellung von Casemanagern und Amtsvormündern im Zusammenhang mit den Mehrbedarfen für die Flüchtlingsunterbringung (Fragen der Fraktion der CDU)

Die Verwaltung beantwortet die von der Fraktion der CDU vorab schriftlich vorgelegten Fragen, die Antworten werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Hinweis der Verwaltung: Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Vorsitzender

Stellvertr. Sprecherin

Protokollführerin

Anlage/n:

1. Schriftliche Antworten auf die Fragen der Fraktion der CDU zur Einstellung von Casemanagern und Amtsvormündern im Zusammenhang mit den Mehrbedarfen für die Flüchtlingsunterbringung (zu TOP 6b)

2. Antwort auf die Berichtsbitte der Fraktion Die Linke vom 26.02.2015 zum Thema „Gebühren für Bargeldauszahlungen bei ALG II-Empfängerinnen und Empfängern“

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

| | | |
|---|------------------------|--|
| Städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend | Sitzung am: 05.03.2015 | Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen |
|---|------------------------|--|

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der Sitzung: 15⁵⁰ Uhr

Ende der Sitzung: 18¹⁰ Uhr

Mitglieder der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend

| Vertreter/in des Senats | Unterschrift |
|-------------------------|--------------------|
| Senatorin Anja Stahmann | |
| Staatsrat Horst Frehe | <i>Horst Frehe</i> |

| Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft | Unterschrift |
|--|-------------------------|
| Ahrens, Sandra (MdBB) CDU | <i>S. Ahrens</i> |
| Aytas, Ruken (MdBB) SPD | <i>Ruken Aytas</i> |
| Grönert, Sigrid (MdBB) CDU | <i>Sigrid Grönert</i> |
| Krümpfer, Petra (MdBB) SPD | <i>P. Krümpfer</i> |
| Möhle, Klaus (Sprecher) SPD | <i>Klaus Möhle</i> |
| Neddermann, Linda (MdBB) B' 90/DieGr. <i>Zahra Mohammadzadeh</i> | <i>Mohammadzadeh</i> |
| Scharf, Detlef (Dep.) CDU | <i>Detlef Scharf</i> |
| Schmidtke, Margitta (MdBB) SPD | <i>Marg. Schmidtke</i> |
| Schmidtman, Dirk (MdBB) B' 90/DieGr. | <i>Dirk Schmidtman</i> |
| Tuchel, Valentina (MdBB) SPD | <i>Valentina Tuchel</i> |
| Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke | <i>Cindi Tuncel</i> |
| Wendland, Susanne (MdBB) (stellvert. Sprecherin) B' 90/DieGr. <i>Stephan Schenker</i> | <i>Schenker</i> |

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

| | | |
|---|------------------------|---|
| Städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend | Sitzung am: 05.03.2015 | Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen |
|---|------------------------|---|

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

| Name | Name |
|-------------------|------|
| Dr. David Lupaßen | |
| Birgit Schüßler | |
| Jens O. J. | |
| Karl Bornhe | |
| Pol. Arb. | |
| Ulrike Frank | |
| Harold Wulfner | |
| D. Noje | |
| | |
| | |
| | |

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

| Name | Institution/Behörde |
|------------------|-------------------------|
| Dietmar Stegmann | LAG Selbsthilfe HBe. v. |
| Susanne Kröth | Dep. SPD-Land |
| Ray. Busch | (Dep. Markt.) |
| Andreas Scholz | Brem. Evangelische |
| Andreas Seel | ZEV - Bremen |
| Oguzhan Yan | CDU-Fraktion |
| | |

Antworten auf die Fragen der Fraktion der CDU zur Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 05.03.2015 zu TOP 6b

- *Wie viele Case Manager und Amtsvormünder sollen bis zu welchem Zeitpunkt eingestellt werden?*

Die erforderlichen Einstellungen müssen von der tatsächlichen Entwicklung der Flüchtlingszahlen abhängig gemacht werden. Im Laufe des Jahres kann es daher noch zu Veränderungen kommen.

Folgende Bedarfe hat das Ressort in Bezug auf Case Manager und Amtsvormünder (neben anderen Anforderungen) geltend gemacht (Senatsvorlage für den 03.03.15 „Zweites Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“):

Ab sofort : 8,0 VZE Case Manager und 7,6 VZE für AV/AP,
zum 01.06.15: 3,6 VZE Case Manager und 2,0 VZE für AV/AP,
zum 01.09.15: 2,0 VZE Case Manager und 2,0 VZE für AV/AP,
insgesamt jeweils 11,6 VZE.

- *Werden die Case Manager zusätzlich zu den bereits geplanten 38,5 Stellen aus dem ESPQ-Projekt eingestellt?*

Für das Jahr 2015 werden 8,0 VZE Case Manager benötigt. Dieser Bedarf muss zusätzlich zu den Personalbedarfen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gedeckt werden.

(Das ESPQ-Projekt wurde zum 31.12.2014 beendet. Im Zusammenhang mit dem Transfer der in Walle bewährten Projektinhalte auf die Gesamtstadt und dem begleitenden Organisationsprozess zur Weiterentwicklung des Jugendamtes sind bis 2018 38,0 VZE angefordert, davon 8,0 VZE Case Manager 2015.)

- *Rechnet die Senatorin auf Grund der aktuellen Lage am Arbeitsmarkt damit, dass alle Stellen zeitnah besetzt werden können?*

Die zu besetzenden Stellen werden regelmäßig rechtzeitig ausgeschrieben. Bisher ist es immer geglückt, die Stellen zu besetzen. Eine Verbesserung der Bewerberlage kann durch Ausdehnung der räumlichen Reichweite, z. B. Ausschreibung in überregionalen Zeitungen, erzielt werden.

(Zusätzlich kann auf das in der Senatsvorlage für den 03.03.15 unter Punkt 6 „Personalwirtschaftliche Maßnahmen“ angekündigte Konzept der SF zur weiteren Rekrutierung von Personal verwiesen werden.)

Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE vom 26.02.2015 zum Thema „Gebühren für Bargeldauszahlungen bei ALG II-Empfängerinnen und Empfängern“

1.

Die Anfrage bezieht sich ausschließlich auf den Personenkreis der Leistungsempfänger/innen nach dem SGB II. Gesetzliche Grundlage für die Auszahlungen von SGB II-Leistungen ist § 42 SGB II. In den Fachlichen Hinweisen zu § 42 SGB II hat die Bundesagentur für Arbeit unter Ziffer 2. festgelegt, dass das Grundentgelt in Höhe von 2,85 € in jedem Fall für durch Verrechnungsscheck ausgezahlte Leistungen von dem/von der Antragsteller/in zu tragen ist. Sollte darüber hinaus beim Jobcenter ein Nachweis von einem Kreditinstitut vorgelegt werden, dass ohne eigenes Verschulden weder ein Girokonto noch ein Guthabenkonto eingerichtet werden kann, erfolgen die Auszahlungen gebührenfrei. Kann der Nachweis nicht erbracht werden, besteht eine Gebührenpflicht für die Auszahlung, die vom Leistungsberechtigten aufzubringen ist. Für weitere Ausführungen zu dieser Thematik müsste die Berichtsbitte an das zuständige Grundsatzreferat beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Referat 21) gerichtet werden. Da es sich um bundesweit geltendes Recht handelt, hätte Bremen höchstens einen sehr geringen Einfluss auf die Änderung der bestehenden Weisungslage.

2.

Für den Personenkreis nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz ist festzustellen, dass in den letzten Jahren die Selbstverpflichtung der Deutschen Kreditwirtschaft realisiert werden konnte und Leistungsempfänger/innen ohne Girokonto nunmehr ein „Guthabenkonto für jedermann“ einrichten können; auch im Falle einer Verschuldung. Das Thema wird deshalb in den Sozialzentren nicht (mehr) problematisiert. Ergänzend möchte ich hinzufügen, dass im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz bei Überweisung auf ein bestehendes Girokonto auch keine zu zahlenden Kontoführungsgebühren in irgendeiner Form berücksichtigt werden. Dafür mangelt es an einer rechtlichen Grundlage.